

Protokoll 2 des Grossen Stadtrates / Protokollauszug Traktandum 2 von Luzern

– Donnerstag, 17. Oktober 2024, 13.30 – 17.00 Uhr

– Rathaus am Kornmarkt

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 28. November 2024.

Vorsitz	Ratspräsident Simon Roth
Präsenz	Anwesend sind 48 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Der Grosse Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadtrat	Der Stadtrat ist vollständig erschienen.
Präsenz Stadt- schreiberin	Michèle Bucher
Protokoll	Nadine Mathis

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2	Bericht und Antrag 31 vom 21. August 2024: Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 mit Budgetentwurf 2025	3
3	Postulat 344, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 29. Januar 2024: Zugang zu preisgünstigen Wohnungen auf städtischen Arealen	14
4	Interpellation 327, Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 9. Januar 2024: Wie weiter im Dreilindenpark?	14
-	Dringliches Postulat 10, Yannick Gauch und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion, Selina Frey und Judit Aregger namens der GRÜNEN/Jung Grünen-Fraktion, Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion sowie Anna-Lena Beck vom 7. Oktober 2024: Information der Bürger*innen über ihre Rechte bei der Prämienverbilligung	14
5	Interpellation 332, Daniel Lütolf und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 19. Januar 2024: Wie weiter mit der FCL Stadion AG?	14
6	Postulat 328, Gianluca Pardini und Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 9. Januar 2024: Verhaltenskodex bei öffentlichen Beschaffungen	14
7	Interpellation 369, Mike Hauser und Marija Bucher namens der FDP-Fraktion, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion sowie Stefan Sägesser und Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 22. Mai 2024:	

- Was hat die Initiative «Existenzsichernde Löhne jetzt!» für Auswirkungen auf das strategische Wirtschaftsleitbild der Stadt Luzern (SWL)? 14
- 8 Postulat 336, Monika Weder und Barbara Imiger namens der G/JG-Fraktion vom 24. Januar 2024:
VBL: Zwei-Sinnes-Prinzip in der Kundeninformation 15
- 9 Interpellation 346, Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 1. Februar 2024:
Wie wird die Erreichbarkeit von Unternehmen mit dem Auto gewährleistet? 15
- 10 Interpellation 357, Lisa Zanolla und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 3. April 2024:
Neuer Rasenteppich beim Inseli 15
- 11 Interpellation 335, Mirjam Fries und Diel Schmid Meyer namens der Mitte-Fraktion, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion, Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion und Peter Krummenacher namens der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2024:
Freiwilligenarbeit in der Stadt Luzern 15
- 12 Postulat 345, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion sowie Patricia Almela und Caroline Rey namens der SP-Fraktion vom 29. Januar 2024:
Wohnbegleitung für alle 15

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

2 Bericht und Antrag 31 vom 21. August 2024: Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 mit Budgetentwurf 2025

EINTRETEN

GPK-Präsident Adrian Albisser: Die Geschäftsprüfungskommission der Stadt Luzern (GPK) beschloss das Budget 2025 mit einer Steuerfuss senkung auf 1,55 Einheiten. Damit geht die Kommission weiter als die vom Stadtrat beantragte Steuersenkung.

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates beriet an ihrer Sitzung vom 26. September 2024 den Bericht und Antrag 31 "Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 mit Budgetentwurf 2025". Der Stadtrat rechnet in den kommenden Jahren mit hohen Steuererträgen, auch das Ausgabenwachstum und die geplanten Investitionen nehmen zu. In der Diskussion zur Aufgaben- und Finanzplanung zeigten sich alle Fraktionen mit der mittelfristigen Führung des Finanzhaushalts zufrieden und erachten die Entwicklung als solide. Die GPK nahm den Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 einstimmig zur Kenntnis. Der Budgetentwurf des Stadtrates für das Jahr 2025 weist bei einem Aufwand von 883,2 Mio. Franken und einem Ertrag von 877,3 Mio. Franken einen Aufwandüberschuss von 5,9 Mio. Franken auf. Der Stadtrat schlägt mit dem Budget eine Steuerfuss senkung um einen Zwanzigstel von 1,65 auf 1,60 Einheiten vor. Diese Steuersenkung begründet er mit den nach wie vor steigenden Steuererträgen juristischer Personen.

In der Kommission wurde das Budget unterschiedlich beurteilt. Im Jahr 2023 stammten über 40 % der städtischen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen von den fünf steuerstärksten Unternehmen. Dieses Verhältnis hat sich in den vergangenen Jahren akzentuiert, das Klumpenrisiko bei den Steuererträgen der juristischen Personen nimmt zu. Eine Minderheit der Kommission schätzt diese wachsende Abhängigkeit als problematisch ein, und sprach sich gegen eine Steuersenkung aus, da diese langfristig das Nettovermögen und die Investitionskraft der Stadt schmälert. Gemäss heutiger Prognose des Stadtrates fällt bereits 2028 das Nettovermögen der Stadt unter die definierte Zielgrösse von 100 Mio. Franken.

Für eine Mehrheit der Kommission ging die vom Stadtrat beantragte Steuersenkung im Budget 2025 zu wenig weit. Sie forderte aufgrund der steigenden Steuererträge von 30 Prozent in den letzten drei Jahren, der positiven Prognosen des Kantons Luzern, und der erfolgreichen Rechnungsabschlüsse in den vergangenen 10 Jahren eine stärkere Senkung der Steuern.

Die GPK stimmte einem Antrag auf eine Steuerfuss senkung um eine Zehnteleinheit von 1,65 auf 1,55 Einheiten mit knapper Mehrheit zu. Ein Antrag, den Steuerfuss auf dem aktuellen Niveau zu belassen, fand keine Mehrheit. In Abweichung zum stadträtlichen Budget hat die GPK bei einer Enthaltung mit Stichentscheid des Präsidenten entschieden, das Wachstum beim Personalaufwand im Budget 2025 um 0,5 Prozent zu erhöhen und auf 2,5 Prozent brutto anzusetzen.

Unter Berücksichtigung der überwiesenen Anträge hiess eine knappe Kommissionsmehrheit das Budget 2025 gut.

Andreas Felder: Die Mitte Fraktion dankt für den vorgelegten Aufgaben- und Finanzplan. Er ist wie gewohnt sehr detailliert und informativ, ohne dass dabei die Übersicht verloren geht.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein. Bezüglich der Steuerfuss senkung folgt die Mitte-Fraktion dem Antrag der GPK zu einer Senkung des Steuerfusses um eine Zehnteleinheit. Den Antrag zur Erhöhung des Personalaufwands der Verwaltung von 2 auf 2,5 % wird sie ablehnen.

Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass der massiv angestiegene Steuerertrag der letzten Jahre nachhaltig ist, und die Stadt ihre Aufgaben sowie die geplante Investitionsoffensive auch mit der Steuersenkung realisieren kann.

Eröffnet wird der Bericht und Antrag mit dem Zitat: "Nichts ist so beständig wie der Wandel". Im Hinblick auf die Budget- und Finanzplanung ist es wichtig zu erkennen, welche Parameter sich ändern, und was als Konstante zu berücksichtigen ist.

Was bleibt, sind die strategischen Grundsätze, welche sich die Stadt auferlegte. Diese werden bald neu überarbeitet. Darin enthalten ist auch eine nachhaltige Finanzplanung, bzw. ein mittelfristig ausgeglichener Finanzhaushalt. Aus Sicht der Mitte-Fraktion muss dieser Grundsatz sicher nicht angepasst werden – hinter diesem steht die Fraktion immer noch und nach dem richtet sie auch ihre Beurteilung.

Als Konstante kann festgehalten werden, dass die Stadt Luzern in den letzten 10 Jahren immer ein positives Ergebnis ausweisen konnte. Dabei wurde jeweils das Budget regelmässig übertroffen.

Neu ist nun aber das Ausmass des positiven Ergebnisses. Rund 51 Mio. Franken im Jahr 2021, 54 Mio. Franken im Jahr 2022 und 80 Mio. Franken im Jahr 2023. Dieser starke Anstieg ist vor allem auf die Steuererträge in den Jahren 2020 bis 2023 zurückzuführen. In diesen Jahren konnte man rund 30 % zulegen, von 367 Mio. Franken auf rund 478 Mio. Franken. Dementsprechend wurde auch das Budget deutlich übertroffen.

Unter diesen Voraussetzungen ist für die Mitte-Fraktion klar, dass eine Steuersenkung gerechtfertigt ist. Ja, sogar fast zwingend ist. Wie eingangs gesagt, gehört zur Aufgabe ein ausgeglichener Finanzhaushalt. Es ist nicht das Hauptziel einer Stadt Gewinn zu erwirtschaften, welcher deutlich über den Ausgaben liegt. Klar ein gewisser Gewinn ist gut, weil es den Handlungsspielraum erhöht. Im Moment steht der aktuelle Gewinn aber nicht mehr im Gleichklang mit den Ausgaben.

Die vom AFP abweichende Steuersenkung von einem zusätzlichen 20tel führt zu Steuerausfällen von gut 10 Mio. Franken. Diese Ertragsausfälle dürften bereits durch die zusätzlichen Einnahmen aus der OECD Mindeststeuer gedeckt werden. Im Bericht und Antrag wird ein Mehrertrag von 5,9 Mio. Franken im Jahr 2025 und 2026 bzw. 5,6 Mio. Franken ab 2027 erwähnt. Diese Zahlen weichen von den aktuellen Hochrechnungen des Kantons klar ab, und werden höher ausfallen.

Auf der anderen Seite stehen die Ausgaben. Hier ist es wichtig festzuhalten, dass die Stadt nicht ein Sparprogramm vorlegte. Im Gegenteil. Auf der Ausgabenseite gibt es auch eine Konstante. Die Nettoausgaben der Direktionen steigen. Und sie steigen um 4 % gegenüber dem letztjährigen Budget. Das ist noch einmal mehr als das BIP-Wachstum von 2 %. Diese Entwicklung sieht die Mitte-Fraktion kritisch. Sie wird nun keine Kürzungsanträge stellen, aber mittelfristig muss das im Auge behalten werden.

Zu den Investitionen: Der GPK-Präsident führte bereits aus, dass man im Planungszeitraum massiv investieren wird. Im Jahr 2025 sind es rund 100 Mio. Franken, und im Jahr 2028 rund 200 Mio. Franken. Das ist auf die Lockerung der Schuldenbremse zurückzuführen, welche seitens der Mitte-Fraktion auch unterstützt wurde. Auch sieht die Mitte-Fraktion bei den aufgezeigten Investitionen den Handlungsbedarf. Es muss investiert werden und die gewählten Schwerpunkte (Bildung, Kultur, Sport, Mobilität und Verwaltungsliegenschaften) werden unterstützt.

Trotz dieses Investitionsbedarfs ist es wichtig, im Bereich der Investition nachhaltig zu planen. Das Nettovermögen der Stadt wird sich bis ins Jahr 2028 massiv reduzieren. Hier muss man dann allenfalls mittels einer Priorisierung prüfen, ob wirklich alles in diesem Zeitraum umgesetzt werden muss oder kann.

Die Mitte-Fraktion tritt auf den Bericht ein, nimmt den Aufgaben- und Planungsbericht zur Kenntnis und wird der Steuerfussenkung von einer Zehnteleinheit zustimmen.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion dankt der gesamten Verwaltung für die Erarbeitung des AFP 2025-2028. Es ist erneut ein sehr umfangreiches und informatives Werk.

Die FDP-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht mit grosser Freude zur Kenntnis. Er zeigt eindrücklich, dass die gesteigerten Steuererträge in der Stadt Luzern einen wiederkehrenden Charakter aufweisen. Das freut die Fraktion sehr. Daher sollte man die Attraktivität des Standorts Luzern bewahren, damit diese positive Entwicklung fortgesetzt werden kann.

Die FDP-Fraktion freut sich auch, dass die in den letzten Jahren ausgebaute Investitionstätigkeit weiter massiv ausgebaut werden kann. Somit kann die Qualität der Infrastruktur erhalten und weiter verbessert werden. Es bleibt abzuwarten, ob das ambitionierte Ziel des Investitionsplafonds von über 100 Mio. Franken erreicht werden kann.

Weiter begrüsst die Fraktion die Einschätzung des Stadtrates, dass die Bevölkerung an den jahrelangen guten Ergebnissen partizipieren soll.

Besorgt zeigt sich die FDP-Fraktion über das starke, unproportionale Wachstum der Nettoaufwendungen der Direktionen. Gemäss den finanzpolitischen Zielen sollte dieses Wachstum maximal im Umfang des prognostizierten Wachstums des BIP liegen. Dieses Ziel wird im vorliegenden AFP klar verfehlt. Treiber dieser Entwicklung sind sicherlich die guten Abschlüsse der letzten Jahre, welche neue Begehrlichkeiten und den Ausbau staatlicher Leistungen hervorrufen. Diese Entwicklung gilt es in den nächsten Jahren konsequent einzudämmen und ihr entgegenzuwirken. Eine Überprüfung der Leistungen scheint unumgänglich. Auch daher wird die FDP-Fraktion den Antrag der GPK zur Erhöhung des Personalaufwandes um 2,5 anstatt um 2 % ablehnen.

Nach Veröffentlichung des AFP 2025–2028 des Kantons Luzern wurde bekannt, dass die zu erwartenden Mittel aus der OECD-Mindeststeuer um ein Vielfaches höher ausfallen werden als bisher angenommen. Dies hat auch direkten Einfluss auf die Stadt Luzern. Ab dem Jahr 2026 kann sie statt der bisher angenommenen 5,860 Mio. mit über 17 Mio. Franken rechnen. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass dieser Entwicklung Rechnung getragen werden muss. Daher unterstützt sie den Antrag der GPK den Steuerfuss um eine Zehnteinheit zu senken.

Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass die Stadt Luzern auf sehr soliden Beinen steht. Investitionen sind in einem noch nie dagewesenen Ausmass geplant und vorbereitet. Die Standortattraktivität der Stadt Luzern hat in den letzten Jahren stetig zugenommen, und die Stadt Luzern ist ein attraktiver Ort für alle, aber auch für potente Steuerzahler geworden und geblieben. Dem Verhältnis von Ausgabenwachstum zu BIP gehört ein besonderes Augenmerk. So kann man gemeinsam dafür sorgen, dass Luzern nicht nur die schönste und eine der attraktivsten Städte der Schweiz ist, sondern auch eine der finanziell am besten aufgestellten Städte.

Die FDP-Fraktion nimmt den AFP 2025–2028 zustimmend zur Kenntnis und folgt dem Antrag der GPK über die Festsetzung der Gemeindesteuer bei 1,55 Einheiten.

Monika Weder: Die GRÜNE/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den seriös erarbeiteten und umfangreichen Aufgaben- und Finanzplan. Er zeigt sehr gut die vielen Aufgaben, welche die Stadt heute und in Zukunft bewältigen muss. In den kommenden vier Jahren stehen sehr viele Projekte nach längerer Planung zur Umsetzung an. Das zeigt sich in den steigenden Investitionen. Es ist sehr erfreulich, dass die heutigen und prognostizierten Einnahmen hoch sind, und die Stadt die Ressourcen umsichtig einsetzt. Zum aktuellen Zeitpunkt eine Mehrjahresplanung zu erstellen, ist sehr anspruchsvoll. Es gibt eine Häufung von externen Einflussfaktoren, welche das Resultat der Stadt massgeblich verändern werden. Das sind z. B. Änderungen bei den Bundessteuern, der kantonalen Steuern, z. B. die angenommene kantonale Steuergesetzrevision, oder die Einführung der Individualsteuer. Zudem wird die Stadt durch den Finanzausgleich voraussichtlich künftig noch stärker belastet.

Für die Bevölkerung muss die Stadt gute Schulen, solide Infrastrukturen, genügend bezahlbaren Wohnraum, effiziente und kundenfreundliche Dienstleistungen, und Unterstützung für die Sozialschwächeren bereitstellen. Investitionen in den Umweltschutz, in den öffentlichen Verkehr, und in die Kreislaufwirtschaft sind wichtiger denn je. Die Stadt steht vor grossen Herausforderungen. Damit all diese Aufgaben gut bewältigt werden können, braucht die Stadt das richtige Personal. Die Stadt muss auch künftig eine attraktive Arbeitgeberin sein. Denn nur mit genügend und gut motivierten Mitarbeitenden kann sie die notwendigen Dienstleistungen erbringen.

Erst kürzlich beschloss der Grosse Stadtrat eine Schuldenbremse, mit dem Zielband, wo bei einem Nettovermögen von unter 100 Mio. Franken oder über 400 Mio. Franken müssen Beschlüsse folgen müssen. Künftig soll der Stadtrat bei einem Nettovermögen von unter 100 Mio. Franken eine Steuererhöhung fordern und bei einem Nettovermögen von über 400 Mio. Franken soll der Stadtrat eine Steuersenkung beantragen. Bei den aktuellen Entwicklungen zeigt sich, dass der obere Wert von 400 Mio. Franken nicht überschritten wird – somit eigentlich mit diesem neuen Instrument keine Steuersenkung gefordert werden müsste. Dazu kommt, dass man bereits im Jahr 2028 den in der Schuldenbremse definierten unteren Wert von 100 Mio. Franken erreicht. Der Stadtrat geht also davon aus, dass man dann auch Sparmassnahmen ergreifen, oder Steuern erhöhen muss. Es lässt sich nicht nachvollziehen, dass heute die Steuern gesenkt werden sollen, wenn man bereits bei dieser Planung genau weiss, dass man sie bald wieder erhöhen muss.

Wenn man die Entwicklung des Steuerfusses der Stadt Luzern und des Kantons Luzern betrachtet, zeigt sich, dass beide Steuersenkungen vorsehen und in der Vergangenheit Steuersenkungen vornahmen. Der Kanton plant weitere Steuersenkungen und beim Stadtrat wäre es die dritte Steuersenkung.

Es kann nicht das Ziel sein, dass sich die Stadt hauptsächlich auf die Bedürfnisse der reichen und internationalen Firmen ausrichtet. Welche Folgen eine solche Strategie hat, kann man beim Nachbarkanton beobachten. Die GRÜNE/JG-Fraktion möchte keine «Zugersierung». Man soll nicht die ganzen Bestrebungen der Politik auf die Ansiedlung von internationalen Firmen setzen, sodass in der Folge sogar mittelständige Familien keinen Wohnraum mehr haben, und die bestehende Bevölkerung verdrängt wird. Die GRÜNE/JG-Fraktion möchte eine lebenswerte Stadt für alle!

Man darf sich auch nichts vormachen. Firmen, welche nur wegen einer kleinen Steuersenkung in die Stadt Luzern kommen, werden auch genauso schnell wieder weg sein, wenn irgendwo anders die Steuern gesenkt werden. Auch das kann man in der Nachbarschaft verfolgen.

Heute stehen Finanzentscheidungen für die Zukunft an. Der Grosse Stadtrat muss sich die Folgen einer Steuersenkung auch längerfristig überlegen.

Der Stadtrat informierte, dass die Investitionen nach dem Jahr 2028 deutlich reduziert werden müssen. Das bedeutet, dass es schon bald wieder eine Steuererhöhung bräuchte.

Der nun vorliegende Antrag um eine Senkung des Steuerfusses um eine Zehnteinheit, würde zu einem zusätzlichen Ausfall von 10 Mio. Franken führen. Das würde das Ergebnis und auch die weiteren Entwicklungen der kommenden Jahre noch einmal verschlechtern.

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget sieht bereits eine Senkung vor. Dass man diese Senkung nun nochmals erhöhen möchte ist nicht nachvollziehbar. Die Stadt braucht langfristig solide Einnahmen, damit auch die jungen Generationen mittel- und längerfristig genügend Mittel zur Verfügung haben, um die Stadt für alle lebenswert zu erhalten und weiterzuentwickeln. Somit ist eine Steuersenkung für die GRÜNE/JG-Fraktion nicht angezeigt. Die Fraktion tritt auf das Geschäft ein, und stellt den Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses bei 1,65 Einheiten und wird im Verlaufe der Debatte verfolgen, ob ein Kompromiss möglich ist.

Patrica Almela: Die SP/JUSO Fraktion bedankt sich bei den beteiligten Personen herzlich für die Ausarbeitung des vorliegenden Aufgaben- und Finanzplans 2025–2028 sowie des Budgetentwurfs 2025. Es wird nicht nur die Vielfalt der städtischen Leistungen sichtbar, sondern auch die immense Arbeit, die dahintersteckt.

Nach dem Hören der vorangegangenen Fraktionssprechenden, und wahrscheinlich auch der kommenden, ist die SP/JUSO-Fraktion konsterniert. Man muss einzig einen Blick auf die Bevölkerungsumfrage werfen, um zu wissen, welche Themen die breite Bevölkerung wirklich beschäftigt. Das sind: Der Verkehr, das knappe Wohnungsangebot, und anschliessend die Finanzen/Steuern. Studiert man die Umfrage genauer, so wird klar, dass ungefähr die Hälfte der Befragten sich Mehrausgaben in den Bereichen Klima und Energie, Soziales und Gesundheit sowie Bildung, Kultur und Sport wünscht. Genau in diesen Bereichen stehen grosse Investitionsprojekte an, wie Schulanlagen, die Umsetzung der Tagesschule, Umsetzung der Klima- und Energiestrategie, oder des Behindertengleichstellungsgesetzes. Dies sind Investitionen zugunsten der Lebensqualität aller Menschen in dieser Stadt. Aber ja, die Investitionen, welche bis 2028 ausführlich im AFP geplant werden, sind hoch. Der AFP zeigt auf, dass der Selbstfinanzierungsgrad bis 2028 deutlich unter 80 % fallen wird. Das Nettovermögen wird bis 2028 auf 21 Mio. Franken abnehmen. Notabene sind alle genannten Zahlen basierend auf dem vorliegenden Budgetentwurf des Stadtrates.

Die angepasste Schuldenbremse wird ab Budget 2026 in Kraft treten und dann auch das Zielband für das Nettovermögen. Befindet es sich zwei Jahre in Folge unterhalb des Zielbandes von 100 Mio. Franken, so wird demnach im 2029 also wieder eine Steuererhöhung diskutiert werden müssen. Wie alle wissen, sind Steuererhöhungen um einiges schwieriger durchzubringen als Steuersenkungen.

Die letzten zehn Jahren haben gezeigt, dass die Stadt Luzern sich vor Ertragsüberschüssen kaum mehr retten kann. Dies ist äusserst erfreulich und auch für die kommenden Investitionen eine wichtige Ausgangslage. Diese Aussichten werden jedoch von den vorliegenden Forderungen nach Steuersenkungen getrübt. Die Kernanliegen der breiten Bevölkerung werden mit einer erneuten Steuersenkung nicht adres-

siert. Die SP/JUSO-Fraktion kritisiert diese Steuersenkung insbesondere deswegen, da sie stark privilegierten Menschen und den Unternehmen mit hohen Gewinnen zugutekommt. Sie adressiert nicht jene Probleme und Thematiken der breiten Bevölkerung. Zum Beispiel die steigende Prämien- und Mietenlast. Man hört es der SP/JUSO-Fraktion an: Sie ist selten begeistert über Steuersenkungen auf Vorrat, haben aber in den vergangenen zwei Jahren immer den Kompromiss mitgetragen, und Steuersenkungen nicht bekämpft. Auch dieses Jahr war sie bereit den Zwanzigstel als Kompromiss mitzutragen. Dass nun wahrscheinlich die bürgerliche Mehrheit den Budgetvorschlag des dazumal noch bürgerlichen Stadtrats übersteuert, kann die SP/JUSO-Fraktion nicht mittragen und es ist für sie unverständlich. Den Antrag der GPK auf eine Steuersenkung um eine Zehnteleinheit auf 1,55 Einheiten wird die Fraktion ganz klar ablehnen. Dem Antrag der GRÜNEN/JG-Fraktion auf Beibehalten des Steuerfusses wird sie voraussichtlich zustimmen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 eintreten, und alles Weitere wird sich entlang der Debatte zeigen.

Marko Hotz: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Finanzverwaltung, sowie allen beteiligten Stellen und Personen für die geleistete Arbeit. Die sorgfältige und kompetente Finanzführung trug massgeblich dazu bei, dass die Stadt Luzern auf eine solide finanzielle Basis zurückgreifen kann, dass man nachhaltig wirtschaftet und mit den vorhandenen Mitteln weitestgehend effizient umgeht und sie einsetzt. Die solide finanzielle Situation der Stadt Luzern bietet Spielraum für Investitionen, ermöglicht eine positiv gestimmte Zukunftsplanung, und das trotz volatilem Umfeld. Die Stadt kann durch ihr hochstehendes Leistungsangebot in vielen Bereichen ihre Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiter steigern. Das kann in den kommenden Jahren, und das ist auch wünschenswert, zu einem verstärkten Zuzug von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Unternehmen führen. Gerade im Bereich der Unternehmen ist Luzern einem Klumpenrisiko ausgesetzt. Das gilt es zu minimieren. Daher ist es notwendig, den Wirtschaftsstandort so interessant wie möglich zu gestalten, damit sich Unternehmen gerne in Luzern ansiedeln. Globale Unsicherheiten, wie wirtschaftliche Schwankungen oder geopolitische Krisen könnten die regionale Wirtschaft beeinflussen, und damit auch einen negativen Einfluss auf die Steuereinnahmen und Investitionen haben. Um diese Risiken abzufedern, muss die Ausgabenseite sehr gut im Auge behalten werden. Die weitere Steigerung der Ausgaben, sowie eine Aufstockung beim Personal muss kritisch betrachtet und genauestens abgewogen werden. Der Ausbau seitens Verwaltung von Personaleinheiten im Planungszeitraum erachtet die SVP-Fraktion im Zuge der Digitalisierung und KI-unterstützter IT als fragwürdig. Sie sieht in den kommenden Jahren sowohl Chancen wie auch Herausforderungen, und setzt sich für eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Finanzpolitik ein, um die langfristige finanzielle Stabilität der Stadt Luzern zu sichern. Daher ist es unerlässlich, dass das wirtschaftliche Leitbild als strategisches Arbeitspapier verwendet wird, um die Risiken künftig zu minimieren, die Attraktivität der Stadt Luzern für zuziehende Personen und Unternehmen zu steigern, aber auch um eine drohende Nettoverschuldung abzuwenden.

Somit tritt die SVP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein, und nimmt den AFP dankend und zustimmend zur Kenntnis. Aufgrund der guten finanziellen Lage der Stadt Luzern sieht die Fraktion eine Steuersenkung in der Höhe von drei Zwanzigstel als gerechtfertigt und trotz der genannten Risiken auch zukunftsorientiert vertretbar und machbar. Die SVP-Fraktion folgt jedoch im Zuge eines gutbürgerlichen Kompromisses dem Antrag der FDP- und der Mitte-Fraktion und stellt ebenfalls den Antrag, um Steuersenkung um einen weiteren Zwanzigstel, auf 1,55 Einheiten. Den Antrag um Erhöhung des Personalbudgets von 2 auf 2,5 Prozent lehnt die Fraktion jedoch ab.

Ratspräsident Simon Roth macht den Hinweis, dass der Antrag auf Steuersenkung von einer Zehnteleinheit von der GPK kam.

Roland Z'Rotz: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den umfassenden und sorgfältig ausgearbeiteten AFP, sowie für den Budgetentwurf 2025. Es bestätigt Schwarz auf Weiss: Die finanzielle Lage der Stadt Luzern ist sehr solide, mit steigenden Steuererträgen und somit mit einer erfreulichen Entwicklung. Besonders die Einnahmen der juristischen Personen tragen massgeblich zu dieser positiven Entwicklung bei. Diese Steuereinnahmen geben der Stadt Spielraum, um ambitionierte Projekte und Investitionen voranzutreiben. Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass sich die

Steuereinnahmen kontinuierlich positiv entwickelten – in drei Jahren haben sie um satte 30 Prozent zugenommen. Der Jahresabschluss 2024, wie von Kollege Andreas Felder bereits erwähnt, wird auch erfreulich ausfallen. Das zeichnet sich bereits heute ab und ist sicher. Hinzu kommen Aussichten auf zusätzliche Einnahmen der OECD-Mindeststeuer und auch das gibt ein finanzielles Polster für die Stadt. Aber trotzdem darf man die Zukunft auch nicht unterschätzen. Auch die Stadt Luzern steht vor grossen Herausforderungen in vielen Bereichen – sei das aus wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Sicht. Die Stadt hat zur Bewältigung dieser Herausforderungen entsprechend und sinnvollerweise grosse Investitionen vor sich. Die werden die Jahresrechnungen über mehrere Jahre belasten und zu grossen Abschreibungen führen. Zudem bleibt die Abhängigkeit zu den grossen Steuerzahlern bestehen, und birgt somit ein gewisses Risiko. Ein Wegzug einzelner Unternehmen kann die positive Aussicht massiv trüben. Unter diesen Aspekten diskutierte die GLP-Fraktion den Antrag um Steuerfussenkung um eine Zehnteleinheit intensiv und ganzheitlich, und wog dabei sämtliche Vor- und Nachteile ab. Man muss zwingend darauf achten, dass die Stadt keine unnötigen finanziellen Risiken eingeht, und als Folge davon die Bevölkerung mit Sparprogrammen belastet wird. Gleichzeitig darf man aber auch die Chance nicht übersehen, was die Stadt Luzern mit einer Steuersenkung der Bevölkerung zurückgeben kann. Gemäss der aktuellen Rechnung wurden von den Steuerzahlenden zu viele Steuern bezahlt. Zudem wird mit einer Steuersenkung die Standortattraktivität der Stadt gestärkt, was eine Sicherung des Steuersubstrats in der Zukunft ermöglicht.

Aus Sicht der GLP-Fraktion ist eine Senkung des Steuerfusses in der aktuellen Situation nicht nur vertretbar, sondern auch sinnvoll. Dies aus folgenden Gründen: Die Stadt hat ein beachtliches Polster. Mit einem Nettovermögen von 360 Mio. Franken per Ende 2023 und einem Jahresgewinn von 80 Mio. Franken steht die Stadt Luzern auf einem äusserst soliden Fundament. Seit 10 Jahren in Folge schreibt die Stadt positive Ergebnisse mit sogar massiven Überschüssen. Es gibt aktuell keine Anzeichen dafür, dass die Steuereinnahmen in naher Zukunft sinken werden.

Die geplanten Investitionen sind weiterhin gesichert. Zudem leistet sich die Stadt seit einiger Zeit ein massives Ausgabenwachstum. Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass das Wachstum bei den Ausgaben, insbesondere im Bereich der sozialen Wohlfahrt und im Umweltbereich, gerechtfertigt ist, und sich die Stadt dieses leisten kann – solange die Mittel zielgerecht und effizient eingesetzt werden. Das wird aus Sicht der GLP-Fraktion durch eine Steuersenkung nicht gefährdet. Im Gegenteil, sie trägt dazu bei, sinnlose und unnötige Ausgaben zu vermeiden – für eine gewisse Budgetdisziplin.

Insgesamt unterstützt die GLP-Fraktion den Antrag der GPK für die Senkung des Steuerfusses um eine Zehnteleinheit. Die Stadt Luzern ist finanziell gut aufgestellt und erwartet positive Ergebnisse.

Investitionen in den Klimaschutz oder in Schulhäuser können weiterhin getätigt werden. Sollten sich die finanziellen Aussichten in der Stadt widererwarten verschlechtern, würde die GLP-Fraktion Hand bieten für Steuererhöhungen. Ein Sparprogramm sollte also nicht Thema werden.

Der Sprechende richtet sich noch an seine Vorredner: Von der Steuersenkung profitieren nicht die internationalen Grossfirmen, die zahlen so oder so die 15 Prozent Steuern. Für sie ist die Steuersenkung also nicht relevant.

Ja, die Bevölkerung wünscht sich eine umweltfreundliche Stadt mit vorzüglichen Leistungen, aber die Bevölkerungsbefragung zeigt auch, dass die Bevölkerung eine Steuersenkung wünscht.

Die GLP-Fraktion tritt somit auf den AFP ein, nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis und stimmt dem Antrag der GPK um Steuerfussenkung um eine Zehnteleinheit zu.

Mike Hauser erlaubt sich noch ein Wort zu den kritischen Stimmen zur Steuersenkung. Der Sprechende respektiert die Haltung zu Steuersenkungen, auch wenn er konträr eine andere Meinung hat. Er findet es schade, dass man sich auf die neue Schuldenbremse beruft, die erst am 1. Januar 2025 in Kraft tritt, und somit erst beim nächsten Budget relevant wird.

Dazu noch eine wichtige Bemerkung: Auch mit der neuen Schuldenbremse, die ein Zielband vorsieht, hat das Parlament das Recht, Steuersenkungen oder Steuererhöhungen zu beantragen. Das Zielband definiert ausschliesslich, wann der Stadtrat eine Steuersenkung beantragen muss oder wann er Massnahmen zu ergreifen bzw. eine Steuererhöhung zu beantragen hat. Die FDP-Fraktion begrüsst die neue Schuldenbremse, weil dieser Mechanismus eine bessere Planbarkeit und möglichst wenige budgetlose

Zustände ermöglicht. Aber in keinster Art und Weise, und das ist wichtig, wird das Recht des Parlamentes beschnitten. Das heisst, das Parlament kann auch in Zukunft Steuersenkungen bzw. Steuererhöhungen beantragen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub dankt dem Grossen Stadtrat mit seinen zahlreichen neuen Mitgliedern dafür, dass er sich als erstes Geschäft mit dem Budget und der Finanzplanung befasst. Das ist ein steiler Einstieg – aber auf der anderen Seite ist es auch eine tolle Chance, die ganzen Aufgabengebiete der Stadt Luzern kennenzulernen, die politischen Leistungsaufträge zu lesen, und sich so einzuarbeiten. Die Sprechende dankt für die sehr gute und intensive Vorberatung dieses Berichts in den Fachkommissionen und der GPK.

Der Stadtrat legt einen Budgetentwurf 2025 mit einem Aufwandüberschuss von 5,9 Mio. Franken inkl. einer Senkung des Steuerfusses von einer Zwanzigsteleinheit von 1,65 auf 1,60 Einheiten vor. Das ist das selbe, was bereits im Vorjahr vorgelegt wurde im Entwurf. Mit diesem Entwurf sind sämtliche finanzrechtlichen Vorgaben eingehalten. In der Finanzplanung der Folgejahre zeigen sich mittelfristig ausgeglichene Ergebnisse, und das trotz der hohen anstehenden Investitionen. Die Rede ist von total 265 Investitionsprojekten mit einer Summe von über 600 Mio. Franken, und das nur in den Jahren 2025 bis 2028. Dank der hohen Steuererträge bei den juristischen Personen kann die Stadt trotz der beantragten Steuersenkung in den kommenden vier Jahren ausgeglichene Ergebnisse erwarten. Einnahmen und Ausgaben sind im Einklang. Dank der Gewinne der Vorjahre ist die Stadt in der Lage in den kommenden Jahren die hohen Investitionen zu tätigen. Es ist die Verwendung des Nettovermögens, welches mit Gewinnen geöffnet wurde. Gleichzeitig werden die städtischen Dienstleistungen weiter ausgebaut, und dies zum Teil massiv. Es geht um Leistungen für einen Grossteil der Bevölkerung: Die Tagesschule, Betreuungsgutscheine, Freizeitangebote und Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden insgesamt gefördert, die Betreuung im Alter wird gestärkt, Kultur- und Sportangebote werden weiter unterstützt, bei der Klima- und Energiestrategie werden Projekte umgesetzt, und auch in die Mobilität aller Verkehrsteilnehmenden wird investiert. Der öffentliche Raum wird weiterhin attraktiviert und klimafreundlich gestaltet. Das alles, die Investitionen kombiniert mit dem Ausgabenwachstum, kostet viel Geld. Die Stadt kann sich das dank den Steuererträgen der juristischen Personen in den kommenden Jahren leisten. Es ist finanzierbar und das trotz einer weiteren Steuersenkung um eine Zwanzigsteleinheit. So profitieren letztlich alle von der aktuell finanziell sehr guten Lage. Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und auch die Steuerzahlenden, welche bisher sozusagen zu viel einbezahlt haben.

Die Anpassung des Steuerfusses führt immer zu einer obligatorischen Volksabstimmung, welche für den 15. Dezember 2024 vorgesehen ist. Bei Zustimmung würde ein rechtskräftiges Budget zum Jahresbeginn 2025 vorliegen. Im letzten Jahr war das ein Problem. Der budgetlose Zustand lähmte die Verwaltung – auch wenn es nur drei bis fünf Wochen waren, ist es doch ein Zehntel des Jahres und gerade wenn man die Investitionen rausbringen möchte, ist es nicht zu unterschätzen, wenn man nicht starten kann.

Die Stadt Luzern möchte eine gute und attraktive Arbeitgeberin bleiben. Im letzten Jahr wurde eine Personalumfrage gemacht. Das Resultat war positiv. Es wurden viele Jahre keine solche Umfragen mehr gemacht. Die Lohnerhöhung um 2 % bei einer Teuerung von aktuell 0,8 % ist angemessen, und es findet gleichzeitig ein Projekt zur Überprüfung des Lohnsystems statt. Das ist im AFP bereits enthalten. Hier rechnet man mit 1,4 Mio. Franken ab dem Jahr 2026 wiederkehrend. Das bedeutet, dass künftig nicht einfach die Lohnsumme generell erhöht wird, sondern es wird genau hingeschaut und das Lohnsystem ausgerichtet. Das Projekt läuft aktuell.

Zur Prognose per Ende August: Die Stadt Luzern macht jeweils ein Trimester-Controlling. Es gibt Hochrechnungen per Ende April, und dann Ende August etwas genauer. Im aktuellen Jahr 2024 rechnet man mit einem Ertragsüberschuss von rund 45 Mio. Franken. Im Budget war ein Gewinn von 6,5 Mio. Franken.

Bei den Voten fiel das Stichwort: «Aufgrund des hohen Ausgabenwachstums müssen die Leistungen überprüft werden». Das kann man so oder anders verstehen. Die Sprechende sieht eine eigentliche Leistungsüberprüfung im Sinne eines Sparpakets nicht als angezeigt. Die Stadt befindet sich in einer guten Situation, sie muss nicht sparen. Hingegen ist es klar, dass das Verwaltungshandeln immer effizient und sparsam vonstattengehen soll. Das gehört zu den Grundsätzen. Es ist also ein Dauerauftrag, dass man immer prüft, ob das Richtige gemacht wird und auf die richtige Art. Aber eine Aufgabenüberprüfung, ob überhaupt noch alles gemacht werden soll, wäre aufgrund der Finanzlage nicht angezeigt.

Weiter wurde gesagt, dass Steuern aufgrund der diversen Unsicherheiten nicht gesenkt werden sollen. Es ist korrekt, dass es grosse geopolitische Unsicherheiten gibt. Es wurden auch die Bundessteuerprojekte erwähnt. Hingegen wurden die von Monika Weder erwähnten Ausfälle aufgrund der Steuergesetzesrevision 2025 und auch die höheren Einzahlungen in den Finanzausgleich bereits im ausgeglichenen Finanzplan eingerechnet. Und trotzdem sind die Ergebnisse in den Planjahren noch positiv. Diese Projekte sind also bereits berücksichtigt.

Zur Schuldenbremse wollte die Sprechende dasselbe sagen wie Mike Hauser. Die neuen Regeln sind ab nächstem Jahr anwendbar – also für das Budget 2026. Der Stadtrat verletzt also keine Pflichten. Es ist, wie es Mike Hauser ebenfalls bereits sagte, dass die Schuldenbremse für die Erarbeitungsphase des Budgets relevant ist. Sie ist behördenverbindlich für den Stadtrat und die Verwaltung. Die Budgethoheit am Ende ist und bleibt beim Parlament, und wenn der Steuerfuss angepasst wird, beim Volk. Damit gibt die Schuldenbremse lediglich vor, welchen Antrag der Stadtrat stellen kann, aber was am Ende der Grosse Stadtrat beschliesst, kann vom Antrag des Stadtrates abweichen.

Weiter wurde gesagt, dass wenn man bei der Finanzplanung weiter in die Zukunft schaue, man gegen Ende der Planperiode unter die 100 Mio. Franken Grenze falle. Das ist korrekt. Aber es wurde gesagt, dass man anschliessend zwingend die Steuern erhöhen müsse. Das ist nicht so klar. Es würde bereits reichen, wenn es wieder ausgeglichene Budgets gäbe. Wenn die Einnahmen und Ausgaben im Lot sind, wird das Nettovermögen nicht weiter reduziert. Es ist also nicht zwingend gegeben, dass man dann sofort die Steuern erhöhen und sparen müsste. Wenn man unter die 100 Mio. Franken Grenze fällt, muss man einfach aufhören das Nettovermögen aufzubrechen und weiter Defizite zu machen.

Zu den Anträgen: Alle erhielten den Stadtratsbeschluss mit den Anträgen der GPK. Die Unterlagen wurden etwas knapp zugestellt, dafür entschuldigt sich die Sprechende. Der Grund war die Sitzungspause während der Herbstferien. Erst gestern fand die erste Stadtratssitzung seit der Herbstpause statt. Der Inhalt sollte zwar nicht überraschend gewesen sein, und man konnte sich bestimmt vorher schon geistig darauf einstellen. Beim Antrag Lohnerhöhung bleibt der Stadtrat bei 2 %. Er opponiert dem Antrag der GPK, weil die Teuerung zurzeit nur 0,8 % beträgt und sich weiter abwärts entwickelt. Der Stadtrat möchte das Geld lieber in die Überprüfung des Lohnsystems investieren.

Beim Steuerfuss bleibt der Stadtrat ebenfalls bei seinem Antrag um Senkung von einer Zwanzigsteinheit. Das ist verkraftbar und ausgewogen. Weitere Reduktionen sind angesichts der hohen Investitionen und Unsicherheiten nicht angebracht.

Die Sprechende macht noch den Hinweis, dass sie heute von Ursula Eiholzer und Beat Tanner unterstützt wird. Wenn weitere Anträge kommen sollten, werden die beiden laufend mitrechnen, damit die Zahlen beim Beschluss dann korrekt sind.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den Bericht und Antrag 31 vom 21. August 2024 «Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 mit Budgetentwurf 2025» ein.

DETAIL

Seite 13 3.2 Informationen zu den wichtigsten Positionen

GPK-Präsident Adrian Albisser: Die GPK überwies mit 5 : 5 : 1 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten folgenden Antrag:

Beim Personalaufwand brutto, Verwaltung, sind für das Jahr 2025 2,5 % einzusetzen.

Der Stadtrat opponiert im StB 705 diesem Antrag.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion folgt dem Stadtrat. Es ist wichtig zu erwähnen, dass in den letzten Jahren immer eine konstante Lohnerhöhung gewährt wurde – auch wenn es teuerungsbedingt nicht gerechtfertigt war. Die Mitte-Fraktion macht beliebt, dass man an diesem erfolgreichen Weg festhält, und hier nicht noch eine zusätzliche Lohnerhöhung spricht. Die Finanzdirektorin führte auch aus, dass das Lohnsystem so oder so noch überprüft wird, und zusätzliche Mittel dafür vorgesehen sind.

Patrica Almela: Die SP/JUSO-Fraktion ist für den Antrag der GPK. Die Personalverbände forderten 3,5 % und somit sind die überwiesenen 2,5 % ein gangbarer Kompromiss.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag

Beim Personalaufwand brutto, Verwaltung, sind für das Jahr 2025 2,5 % einzusetzen

ab.

Seite 247 f. Antrag und Beschluss

GPK-Präsident Adrian Albisser: Die GPK überwies mit 6 : 5 Stimmen folgenden Antrag:

Der Steuerfuss ist auf 1,55 Einheiten festzusetzen.

Der Stadtrat opponiert im StB 705 diesem Antrag.

Monika Weder: Aufgrund des Verlaufes der Debatte verzichtet die GRÜNE/JG-Fraktion auf ihren Antrag auf Beibehalten des Steuerfusses bei 1,65 Einheiten.

Ratspräsident Simon Roth stellt klar, dass nun der Antrag der GPK für einen Steuerfuss von 1,55 Einheiten dem Antrag des Stadtrates für einen Steuerfuss von 1,6 Einheiten gegenübergestellt wird.

Patrica Almela: Die SP/JUSO-Fraktion möchte noch einmal erwähnen, dass die Bevölkerung nicht nach tieferen Steuern schreit. Sie möchte eine Stadt, die attraktiv ist, und Probleme löst. Probleme lösen heisst nicht unbedingt Steuern senken. Besonders nicht in diesem Ausmass. Es muss allen bewusst sein, dass bei einer Senkung einer Zehnteleinheit die Stadt Luzern mit dem Steuerfuss massiv viel tiefer liegt als die umliegenden Gemeinden. Durchschnittlich liegen die Steuerfüsse im Kanton Luzern bei 1,9 Einheiten. Was das für einen Druck auf den Wohnungsmarkt auslösen wird, wissen alle. Politik bedeutet zu gestalten und nicht einfach nur zu verwalten. Der linken Seite wurde kürzlich vorgeworfen, sie würde unverantwortlich mit dem Budget umgehen. Was nun aber auf der bürgerlichen Seite passiert, sind Steuerergeschenke für Privilegierte und Unternehmen mit hohen Gewinnen. Die SP/JUSO-Fraktion erachtet es als wichtig, dass man im Sinne aller Menschen in der Stadt Luzern haushaltet und gerade jetzt, wo die Finanzen gutstehen, wünscht man kreative Lösungen. Nicht nur für sich selber und die eigenen Wählerinnen und Wähler, sondern für alle Personen, auch die, die nicht wählen können und auch für kommende Generationen. Das wäre eine Generationengerechtigkeit.

Andreas Felder: Wenn man immer wieder erwähnt, was die Bevölkerung möchte, sollte man Folgendes beachten: Es gibt eine Volksabstimmung, wo sich die Bevölkerung zu diesem Thema selber äussern kann – das muss nicht über eine Parlamentssprecherin einer einzelnen Partei erfolgen.

Weiter betont der Sprechende noch einmal, dass vorliegend mit diesem Geschäft bei den Investitionen nichts gekürzt wurde. Der Hinweis, von wegen gestalten statt verwalten, kann der Sprechende so nicht gelten lassen.

Wie es die Finanzdirektorin bereits erwähnte, stehen massive Investitionen an, welche das Nettovermögen auch anbrauchen. In der Budgetplanung sieht man aber nirgends, dass die jährlichen Erträge, die laufenden Ausgaben übersteigen. In diesem Sinne ist es auch nicht gegeben, dass im Jahr 2028 zwingend über eine Steuererhöhung diskutiert werden muss.

In diesem Sinne ist es für die Mitte-Fraktion wichtig festzuhalten, dass sie für diese Steuersenkung ist, aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Investitionen sieht.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion ist, wie im Eintreten bereits erwähnt, für den Antrag der GPK für eine Senkung des Steuerfusses. Weiter dankt der Sprechende Andreas Felder für sein Votum. Und es ist nicht so, dass nur Privilegierte von einer Senkung des Steuerfusses profitieren. Es profitiert jeder Stadtluzerner, wenn er Steuern zahlt.

Monika Weder: Eine Steuersenkung, welche darüber hinausgeht, was ein bürgerlicher Stadtrat vorschlägt, kommt für die Sprechende doch einigermaßen überraschend. Es wurde eine solide Planung gemacht, man überlegte sich, wie die Steuern angesetzt werden sollen, und jetzt kommt von der bürgerlichen Seite eine weitergehende Steuersenkung. Das ist absolut nicht nachvollziehbar. Die Sprechende findet es unverantwortlich, dass man sagt, man möchte so eine Tiefsteuerstrategie, welche die Stadt Luzern in Richtung «Zugerisierung» bewegt. Es ist sehr enttäuschend und schade, wenn der Steuerfuss auf 1,55 Einheiten gesenkt würde.

Mike Hauser: Als das Budget erarbeitet wurde, bzw. als die Parlamentarier den Vorschlag erhielten, und in den Kommissionen darüber beraten konnten, wurde ein Tag vorher kommuniziert, was der Kanton Luzern plant, mit gleichzeitiger Präsentation der Hochrechnung II, welche noch ein massiv besseres Ergebnis zeigte beim Kanton. Man kann davon ausgehen, dass die Stadt davon auch profitieren kann. Die Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub führte in ihren Ausführungen aus, dass man von einem massiv höheren Gewinn ausgeht. Mit der Vorstellung des AFP 2025-2028 des Kantons wurde auch die OECD-Mindeststeuer kommuniziert. Ursprünglich ging man von 40 Mio. Franken zugunsten der Gemeinden aus, davon hätte die Stadt Luzern 5,86 Mio. Franken erhalten und heute rechnet man mit 400 Mio. Franken. Wenn man davon ausgeht und der Verteilschlüssel sicherlich gleichbleibt, erhält die Stadt anstatt 5,86 Mio. Franken 12 Mio. Franken, und das wird einfach von der anderen Seite ausser Acht gelassen.

Christian Hochstrasser bezieht sich auf die Aussage von Mike Hauser, dass alle von einer Steuersenkung profitieren. In einer engen Betrachtungsweise mag das stimmen. Bei einer früheren Steuervorlage wurde das mal ausgerechnet. Bei einer Steuersenkung von einem Zwanzigstel kann man mit der Familie Pizza essen gehen. Das ist etwa der Betrag, den man im Jahr einspart. Die Rede ist von zirka Fr. 50.– bis Fr. 80.– pro Jahr. Wenn die Miete aber im Durchschnitt um Fr. 50.– bis Fr. 100.– pro Monat steigt, und diesen Zusammenhang kann man nicht von der Hand weisen, kann man es sich ausrechnen, wer dann wirklich profitiert und wer nicht. Selbstverständlich mag es im Einzelfall stimmen, dass es nicht sofort eintritt, aber der Effekt, der hier und auch in anderen Städten beobachtet wird, ist offensichtlich. Wenn die Steuern tief sind, werden die Mietpreise höher. Es ist attraktiver dort zu wohnen und wer diese Kosten zahlt ist klar: Die, die es sich leisten können. Und für die spielt das nicht so eine Rolle – die profitieren auch deutlich mehr von einer Steuersenkung, aber die, die keine Wohnung mehr finden, werden verdrängt. Und diesen Zusammenhang darf man nicht einfach ausblenden. Das wäre fahrlässig.

Andreas Felder geht noch auf die «Zugerisierung» ein. Erstens, wie der Sprechende den Voten entnimmt, ist das Postulat 366 «Keine «Zugerisierung» in der Stadt Luzern» überflüssig, weil die Auswirkungen offenbar bereits bekannt sind. Warum nun noch ein wissenschaftlicher Bericht eingefordert wird, sieht der Sprechende nicht ein. Zweitens ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Steuern ein Grund sind, warum man an einen bestimmten Ort hingeht. Es sind aber noch viel mehr andere Gründe wesentlich, angefangen von der Erschliessung, über das kulturelle Angebot, über Schulen etc. Es gibt Berichte, die aufzeigen, dass generell der Druck auf die Städte zunimmt. Der Sprechende kann es für sich nicht gutheissen, dass wenn man nun bei einer Steuersenkung um eine Zehnteleinheit oder eine Zwanzigsteleinheit eine «Zugerisierung» heraufstilisiert. Die Steuerbelastung ist im Kanton Luzern immer noch massiv höher als beim Kanton Zug, und die Zuger machen das seit mehreren Jahrzehnten. Den Druck auf den Wohnungsmarkt kann man nicht verneinen, aber daraus abzuleiten, dass man nun keine Steuersenkung beschliessen kann, muss der Sprechende vehement bestreiten.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag der GPK

Der Steuerfuss ist auf 1,55 Einheiten festzusetzen

zu.

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt vom Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2028 Kenntnis.**
- II. **Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 25:22:0 Stimmen das Budget für das Jahr 2025 für die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von Fr. 883'224'500.– und einem Gesamtertrag von Fr. 867'234'900.–, somit einen Aufwandüberschuss von Fr. 15'989'600.–, setzt die Gemeindesteuer für das Jahr 2025 auf 1,55 Einheiten fest, beschliesst das Budget für das Jahr 2025 für die Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen von Fr. 136'382'500.– und beschliesst die Globalbudgets der Aufgaben (Nettokredit der Erfolgsrechnung und Bruttokredit der Investitionsrechnung) für das Jahr 2025 und die zugehörigen politischen Leistungsaufträge.**
- III. **Für die Beiträge aus dem Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport bewilligt der Grosse Stadtrat einstimmig einen Sonderkredit von Fr. 3'342'900.– (Kulturteil: Fr. 2'137'567.– gemäss Aufstellung S. 218 f., Sportteil: Fr. 1'205'333.– gemäss Aufstellung S. 219 f.).**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 31 vom 21. August 2024 betreffend

Aufgaben- und Finanzplan AFP 2025–2028 der Stadt Luzern,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, in Anwendung von § 13 Abs. 2 lit. b des Gemeindegesetzes vom 4. Mai 2004, § 8 Abs. 1, § 10 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016, Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 67 lit. a, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 1 und lit. b Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 11 des Reglements über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport vom 27. Juni 1991,

beschliesst:

- I. Vom Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2028 wird Kenntnis genommen.
- II.
 1. Das Budget für das Jahr 2025 für die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von Fr. 883'224'500.– und einem Gesamtertrag von Fr. 867'234'900.–, somit einem Aufwandüberschuss von Fr. 15'989'600.– wird beschlossen.
 2. Die Gemeindesteuer für das Jahr 2025 wird auf 1,55 Einheiten festgesetzt.
 3. Das Budget für das Jahr 2025 für die Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen von Fr. 136'382'500.– wird beschlossen.
 4. Die Globalbudgets der Aufgaben (Nettokredit der Erfolgsrechnung und Bruttokredit der Investitionsrechnung) für das Jahr 2025 und die zugehörigen politischen Leistungsaufträge werden beschlossen.
- III. Für die Beiträge aus dem Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport wird ein Sonderkredit von Fr. 3'342'900.– bewilligt (Kulturteil: Fr. 2'137'567.– gemäss Aufstellung S. 218 f., Sportteil: Fr. 1'205'333.– gemäss Aufstellung S. 219 f.).

- IV. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum, derjenige gemäss Ziffer III unterliegt dem fakultativen Referendum.

- 3 Postulat 344, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 29. Januar 2024:
Zugang zu preisgünstigen Wohnungen auf städtischen Arealen**

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme

- 4 Interpellation 327, Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 9. Januar 2024:
Wie weiter im Dreilindenpark?**

- **Dringliches Postulat 10, Yannick Gauch und Zoé Stehlin namens der SP/JUSO-Fraktion, Selina Frey und Judit Aregger namens der GRÜNEN/Jung Grünen-Fraktion, Senad Sakic-Fanger namens der Mitte-Fraktion sowie Anna-Lena Beck vom 7. Oktober 2024:
Information der Bürger*innen über ihre Rechte bei der Prämienverbilligung**

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme

- 5 Interpellation 332, Daniel Lütolf und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 19. Januar 2024:
Daniel Lütolf: TEXT**

- 6 Postulat 328, Gianluca Pardini und Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 9. Januar 2024:
Verhaltenskodex bei öffentlichen Beschaffungen**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

- 7 Interpellation 369, Mike Hauser und Marija Bucher namens der FDP-Fraktion, Mirjam Fries und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion sowie Stefan Sägesser und Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 22. Mai 2024:
Was hat die Initiative «Existenzsichernde Löhne jetzt!» für Auswirkungen auf das strategische Wirtschaftsleitbild der Stadt Luzern (SWL)?**

- 8 Postulat 336, Monika Weder und Barbara Irrniger namens der G/JG-Fraktion vom 24. Januar 2024:
VBL: Zwei-Sinnes-Prinzip in der Kundeninformation**

Antrag des Stadtrates: Entgegennahme

- 9 Interpellation 346, Patrick Zibung namens der SVP-Fraktion vom 1. Februar 2024:
Wie wird die Erreichbarkeit von Unternehmen mit dem Auto gewährleistet?**

- 10 Interpellation 357, Lisa Zanolla und Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion vom 3. April 2024::
Neuer Rasenteppich beim Inseli**

- 11 Interpellation 335, Mirjam Fries und Diel Schmid Meyer namens der Mitte-Fraktion, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion, Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion und Peter Krummenacher namens der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2024:
Freiwilligenarbeit in der Stadt Luzern**

- 12 Postulat 345, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion sowie Patricia Almela und Caroline Rey namens der SP-Fraktion vom 29. Januar 2024:
Wohnbegleitung für alle**

Antrag des Stadtrates: Teilweise Entgegennahme

Schluss der Sitzung: 17.00 Uhr

Luzern, 12. November 2024

Die Protokollführerin:

Eingesehen von:

Nadine Mathis

Michèle Bucher, Stadtschreiberin